

2023: Kein Kranz von OB Haase am Kriegsmarinedenkmal

Am Fischtorplatz in Mainz, direkt am Rheinufer, steht das 1939 errichtete Kriegsmarine-Ehrenmal. In der Vergangenheit ließ der jeweilige Oberbürgermeister dort am Volkstrauertag einen Kranz niederlegen.

Er ehrte den zu Beginn des ersten Weltkrieges „heldenhaft gesunkenen Kreuzer Mainz“ und zwei weitere verlorene Kriegsschiffe. Die Inschrift des Steins

Aus dem Inhalt

- Kein Kranz von OB Haase
- Pazifismus und Feminismus
- Aufrüstungspläne
- Ukraine: 2 Jahre Massenmord
- Krieg in Südamerika?

„Den Gefallenen zum Gedächtnis – Den Lebenden zur Anerkennung – Künftigen Geschlechtern zur Nacheiferung“

geht sogar über die so häufige Verherrlichung vergangener Kriege weit hinaus, weil zukünftige „Geschlechter zur Nacheiferung“ aufgehetzt werden sollen. Das Denkmal diene der ideologischen Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges, den Nazi-Deutschland kurz nach Errichtung des Denkmals 1939 entfachte.

Im Unterschied zu seinem Vorgänger OB Ebling (SPD) hat der neu gewählte Mainzer OB Haase (parteilos) zum Volkstrauertag 2023 keinen Kranz im Namen des Oberbürgermeisters am

Kriegsmarinedenkmal aufgehängt.

OB Ebling ist für die Kranzniederlegung jahrelang kritisiert worden, vor allem weil die Inschrift des Kriegsmarinedenkmal weit davon entfernt ist, nur der Kriegstoten zu gedenken. Der Friedensaktivist Hans Ripper hatte diesen Kranz dreimal abgehängt und 2014 ins Büro von OB Ebling zurückgetragen. In anderen Jahren verhüllte und kommentierte er den Kranz oder er kürzte die Kranzschleife.

Dass OB Haase mit OB Eblings alljährlicher Kranzaufhängung gebrochen hat, wurde von der Allgemeinen Zeitung Mainz am 17.11.2023 vehement kritisiert. Es folgte eine Leserbriefdebatte. Es ist nun geplant, das Kriegsmarinedenkmal mit einer Stele zur historischen Einordnung zu ergänzen.

Zur langjährigen Auseinandersetzung um das Kriegsmarinedenkmal: Texte, Bilder, Video:

www.dfg-vk-mainz.de/aktuell/kriegsverherrlichung-in-mainz

Helmut Eisert

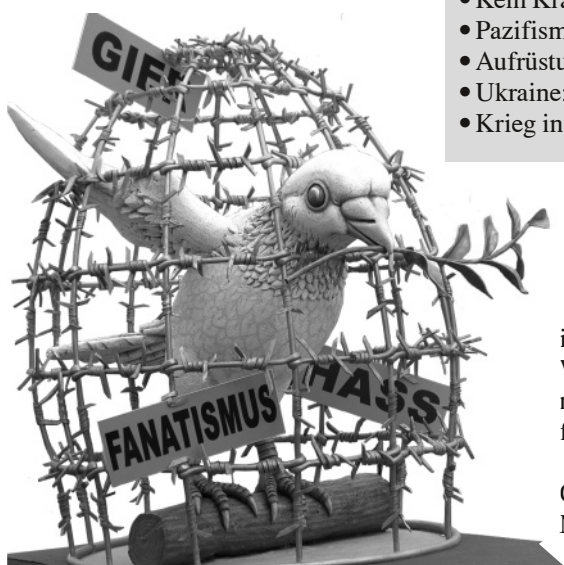


Foto: Willfried Jaspers

Pazifismus und Feminismus: Wir brauchen einen Paradigmenwechsel

1. Militarismus und seine Verbindung zu toxischer Maskulinität

Während der Krieg in der Ukraine weitergeht, scheinen immer weniger Menschen die Notwendigkeit eines Waffenstillstands zu sehen. Nach dem anfänglichen Schock über Putins brutalen Einmarsch kochte die Empörung schnell zu Forderungen nach Vergeltung über. Wir glauben gerne an den Frieden als abstrakten Begriff, aber die reflexartige Reaktion ist, dass die Antwort auf einen Macho mit einer Waffe ein anderer Kerl mit einer noch größeren Waffe ist. Die Verherrlichung Selenskyjs als Macho-Held im olivgrünen T-Shirt ist lediglich eine Fortsetzung der Memes in den sozialen Medien, die Putin ohne Hemd auf einem Bären reitend zeigen. Beide Bilder entsprechen dem "idealen Mann" in unserer Kultur: Er verkörpert die Tugenden Mut, Zähigkeit und Gewalt. Der Mut zum Pazifismus ist nicht Teil unserer Kultur.

Stellen wir uns also die Frage: Woher kommt die Vorstellung, dass Mut mit Gewalt verbunden ist? Woher kommt die Kultur der Gewalt? Wie die Ökofeministin Charlene Spretnak es ausdrückt, "sind Militarismus und Kriegsführung ständige Merkmale einer patriarchalischen Gesellschaft, weil sie patriarchalische Werte widerspiegeln und einflößen". Um die Kultur der Gewalt besser zu verstehen, müssen wir ihre Ursprünge in der klassischen griechisch-römischen Kultur sehen, die lange Zeit die kulturelle Grundlage für unser Konzept von Männlichkeit war: Dieses Konzept ist eng mit Militarismus, Patriotismus, Gewalt und Imperialismus verbunden.

Auch mehr als 1.500 Jahre nach der Auflösung des Weströmischen Reiches sind wir immer noch von den Römern und ihrer toxischen Gender-Ideologie besetzt. Und obwohl der Westen "christianisiert" wurde, haben die pazifistischen Ideen des jüdischen Mannes Jeschua die toxische

Männlichkeit der Römer mit ihrer Liebe zum Imperialismus, ihrem patriarchalischen System der Unterwerfung von Frauen, Minderheiten und Sklaven und ihrer Hingabe an den Staat als Pseudoreligion nie ganz verdrängt. Die Ideologie der Nazis mit ihrem imperialistischen Blutdurst und ihrem Hass auf "minderwertige" Rassen hat ihre Wurzeln in der Antike. Die Nazis selbst haben ihr "1000-jähriges Reich" an das alte Rom angelehnt und in Nürnberg Nachahmungen der römischen Architektur geschaffen. Die alten Römer mit ihrer Abscheu vor den Juden und der jüdischen Kultur hätten dies sicher gutgeheißen.

2. Römische Kultur und ihr Nachwirken

Das römische Geschlechterkonzept, das auf den Lehren des Aristoteles beruhte, sah die Frau als unvollständigen Mann, der im Mutterleib teilweise geformt wurde, aber noch nicht die endgültige Stufe der Vollkommenheit erreicht hatte, die

die eines Mannes ist. Diese Vorstellung vom Mann als Standardgeschlecht widerspricht der modernen Wissenschaft, aber wir haben immer noch Reste dieser Denkweise in unserer Zeit, und diese Ideen bilden die Grundlage für die Verherrlichung des Krieges.

Die Idee des idealen Menschen wurde auf den moralischen und ethischen Bereich übertragen, und zwar mit dem Konzept der *virtus*: eine Art von Männlichkeit, das sowohl ethische und moralische Qualitäten wie Tapferkeit und Selbstbeherrschung als auch körperliche Eigenschaften wie kriegerisches Geschick miteinander verband. Für die Römer war die Tugendhaftigkeit im Wesentlichen auf die Männlichkeit zurückzuführen. Römische Männer übten ihre *virtus* als Väter (als *Pater Familias*) und in der *Res Publica* aus, indem sie in der Armee dienten, um ihre militärischen Fähigkeiten zu beweisen.

Die Ideen des Wanderpredigers Jeschua ("Jesus" auf Griechisch), die auf Pazifismus, Gleichberechtigung und Befreiung beruhten, waren eine entsetzliche Bedrohung für Rom. Die frühen Anhänger des "Weges" mieden das Militär, versuchten, Sklaven freizukaufen, und hielten ihre Gottesdienste in Hauskirchen ab, die manchmal von Frauen geleitet wurden. Beunruhigt durch die Weigerung der Christen, dem Kaiser zu huldigen, versuchten die Römer erfolglos, diese neue Sekte auszurotten. Nach dreihundert Jahren des Scheiterns erklärte sich Konstantin im vierten Jahrhundert selbst zum Christen und machte sich die Religion praktisch zu eigen. In kurzer Zeit wurden drastische Änderungen vorgenommen: die Einführung des Sonntags (*Dies Solis*) als staatlicher Feiertag, die Trennung des christlichen Ostersonntags vom jüdischen Passahfest und vor allem die Aufhebung aller Einschränkungen des Militärdienstes. Konstantins Neffe Theodosius machte das romanisierte Christentum zur Staatsreligion und verschmolz so das römische Gedankengut mit den Überresten des frühen Christentums.

So wurde die egalitäre Sicht der Geschlechter in der frühen Kirche durch das römische Ideal der Frau als häusliche Ehefrau und des Vaters als autokratische Autorität, deren Aufgabe es war, dafür zu sorgen, dass die Söhne richtig macho waren, sublimiert. Der römischen Kultur zufolge würde zu viel Kontakt mit dem "Weiblichen" die Jungen schwächen und sie zu "emotional" und sentimental machen. Der Mythos von den antiken Spartanern als den ultimativen Kriegern, die von Kindheit an dazu erzogen wurden, Entbehrungen zu ertragen, wurde Teil des

griechisch-römischen Mythos von Männlichkeit und Patriotismus.

3. Die Ideen von Rom leben weiter: Imperialismus, Nationalismus und Patriarchat

Diese Ideen wurden in späteren Perioden fortgeführt, als die britischen öffentlichen Internate, die von den antiken Spartanern und den Idealen der stoischen Philosophen beeinflusst waren, Disziplin und Härte vermitteln sollten, fernab vom Einfluss des Weiblichen. Junge Männer sollten miteinander verbunden werden, um sie auf ihre zukünftige Rolle im Militär vorzubereiten. Der Rundfunkanstalt BBC zufolge war dies „ein System, in dem Ideale wie Disziplin, Ausdauer und Strenge an erster Stelle standen“.

Die Nazis gingen noch einen Schritt weiter und richteten Eliteinternate ("Napolas") ein, die "einer Mischung aus den britischen Public Schools, dem preußischen Kadettenkorps und den strengen Erziehungsmethoden des antiken Sparta" nachempfunden waren. Diese Schulen sollten den Verstand der Jugend von einem frühen und beeinflussbaren Alter an propagieren, um die zukünftigen Soldaten zu schaffen.

Das amerikanische Regierungs- und Rechtssystem, das auf der Römischen Republik basiert, verwendete bei seinen Anfängen römische Bilder. So ist es kaum verwunderlich, dass der amerikanische Patriotismus viele Gemeinsamkeiten mit der antiken römischen pietas, d. h. der Hingabe an das Land, aufweist. Wie im alten Rom ist auch in den Vereinigten Staaten eine öffentliche Zeremonie ohne Flagge und Nationalhymne, oft begleitet von einem Salut an die Truppen, heute undenkbar, sowie der amerikanische Treueschwur auf die Flagge, der täglich in allen öffentlichen Schulen rezitiert wird.

Das Patriarchat basiert konzeptionell auf einem binären Glaubens- und Wertesystem, das auf einer Reihe von Dichotomien beruht: männlich versus weiblich, Vernunft und Verstand versus Gefühl und Körper, Menschlichkeit versus Natur. Aus dem Paradigma der "weiblichen Natur" leitet sich die Vorstellung ab, "dass der Mensch berechtigt ist, die weibliche Natur lediglich zur Befriedigung menschlicher Konsumbedürfnisse zu nutzen".

In einem solchen imperialistischen System sind die Körper der Frauen ausschließlich dazu bestimmt, künftige Soldaten zu gebären. Ihre Existenz als "minderwertige Wesen" dient der Kriegsmaschinerie. Die Nazis waren für ihre Vorstellung von der Rolle der Frau in der Gesellschaft bekannt: "Kinder, Küche, Kirche". Das wäre natürlich nicht die Kirche der Widerständler wie Bonhoeffer,

Niemöller und Barth, sondern die Kirche des Nazi-Jesus, seines jüdischen Talars beraubt, der Bart abrasiert und mit einer Pistole anstelle eines Kreuzes. Dies war der ultimative Triumph Roms: erst die Hinrichtung, dann die Auslöschung Jesu, die Umwandlung einer Philosophie des ethischen Pazifismus und der Nächstenliebe in eine verdrehte Rhetorik des Hasses, der Gewalt und des Antisemitismus.

Außerdem brauchen der Imperialismus und sein Blutausch die Produktion, und dafür ist die Ausbeutung der Natur notwendig. In einem solchen System sind die Natur und ihre Reichtümer dazu da, erobert zu werden. Die Eroberung und Vergewaltigung der Natur ähnelt somit der Unterwerfung des Körpers der Frau. Tonnen von Kohle werden verbrannt, um Kriegswaffen herzustellen, und die Auswirkungen von Krieg und Kriegsproduktion bedrohen nicht nur das menschliche Leben, sondern auch den Planeten selbst. Das Militär ist vom Kyoto-Klimaabkommen ausgenommen, aber es ist für etwa 5,5 % aller weltweiten Emissionen verantwortlich. Der Krieg in der Ukraine verursachte in den ersten zwölf Monaten insgesamt 120 Millionen Tonnen CO₂, wie aus einem Bericht der Initiative on GHG Accounting of War hervorgeht.

Aus diesem Grund ist der Pazifismus für die Massen, denen beigebracht wurde, dass ein "echter Mann" ein Krieger ist, ungenießbar. Pazifismus wird in ihren Köpfen mit Schwäche oder Feigheit assoziiert. Die Armeen der Welt bedienen sich gerne der Macho-Symbolik, um diese Vorstellung zu fördern. In ähnlicher Weise erleben wir mit dem Aufkommen von Nationalismus und Neofaschismus in den Vereinigten Staaten und der EU einen massiven Anstieg von Gewalttaten gegen Frauen, religiöse und ethnische Minderheiten und LGBTQ-Personen. Nationalismus und Faschismus brauchen Feinde und Sündenböcke, und wer wäre besser geeignet als diejenigen, die nicht die Ideale der "richtigen Männlichkeit" verkörpern?

Vor der Bundestagswahl wurde uns von den Grünen eine "feministische Außenpolitik" versprochen. Doch die Ideale des Patriarchats und sein Konzept, Frieden durch Krieg zu erzwingen, wurden nicht ernsthaft in Frage gestellt. Solange wir an den Ideen des Patriarchats, des Machismo, des Imperialismus und der Unterwerfung der Natur festhalten, werden wir niemals Frieden oder soziale Gerechtigkeit erreichen. In unserer Kultur muss ein Paradigmenwechsel stattfinden: hin zu einer Kultur des Friedens und des Ökofeminismus.

Ein Gespenst geht um in Europa: die Kriegstüchtigkeit

Was uns in den kommenden Jahren erwartet

Wie ein Lauffeuer ging es in den vergangenen Wochen durch den europäischen Blätterwald: das Raunen von einem möglichen baldigen Angriff Russlands auf die Nato, innerhalb von „sechs bis zehn“, „fünf bis acht“, „drei bis fünf“ oder „zwei bis drei“ Jahren, laut Bild-Zeitung vielleicht auch „schon 2024“. Vom deutschen Verteidigungsminister Pistorius über seinen polnischen Amtskollegen Kosiniak-Kamysz, die estnische Premierministerin Kallas und den schwedischen Minister für Zivilverteidigung Bohlin bis hin zum Generalinspekteur der Bundeswehr Breuer, dem Leiter der Münchener Sicherheitskonferenz Heusgen und dem NATO-Generalsekretär Stoltenberg schlugen hochrangige Amtsträger Alarm. Sie forderten eine umgehende gesamtgesellschaftliche Mobilisierung, um nicht nur die Rüstungsproduktion auszuweiten und die Rüstungsetats zu erhöhen, sondern vor allem das Gefahrenbewusstsein und damit die Opferbereitschaft der Bevölkerung zu schärfen und eine Reaktivierung des Kriegsdienstzwangs ins Gespräch zu bringen. Der Politologe Herfried Münkler und der Ex-Außenminister Joschka Fischer preschten bereits mit der Forderung nach einer europäischen Atombombe vor.

Die unheilvollen Prognosen lassen sich zum „Policy Brief“ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) vom vergangenen November zurückverfolgen. Unter dem Titel „Den nächsten Krieg verhindern – Deutschland und die NATO stehen im Wettlauf mit der Zeit“ erklärten die Autoren Mölling (auch als ZDF-„Militärexperte“ bekannt) und Schütz vom Zentrum für Sicherheit und Verteidigung, „dass Russland sechs bis zehn Jahre brauchen wird, um seine Armee so weit wiederaufzubauen, dass es einen Angriff auf die NATO wagen könnte. Die Uhr beginnt zu laufen, sobald die intensiven Kampfhandlungen in der Ukraine zum Erliegen kommen.“ Das Dokument legt also perverserweise nahe, den Krieg in der Ukraine möglichst zu verlängern, um beim anschließenden Wettrüsten einen Vorsprung zu gewinnen. Bezeichnenderweise wird das Kriegsrisiko bei besonders intensivem Rüstungsaufwand als „sehr niedrig“ eingestuft, bei einem Verzicht auf Aufrüstung dagegen als „sehr hoch“. Das zeigt die simplizistische, einseitig auf militärisches Denken ausgerichtete Denkweise der Autoren. Eine „sicherheitspolitische Dekade“ soll ausgerufen, die Produktion von Panzern und Raketen

durch unverzügliche Maximierung des Bestellvolumens angekurbelt und die Bevölkerung durch „Wettbewerbe, Weiterbildungen, Trainingscamps und viele andere interaktive Formate“ einbezogen werden. Die Überzeugungskraft des Dokuments war offenbar so hoch, dass Pistorius fast zeitgleich mit seiner Veröffentlichung verkündete, Deutschland müsse so schnell wie möglich „kriegstüchtig“ werden, und die Forderungen der DGAP fast Wort für Wort wiederholte.

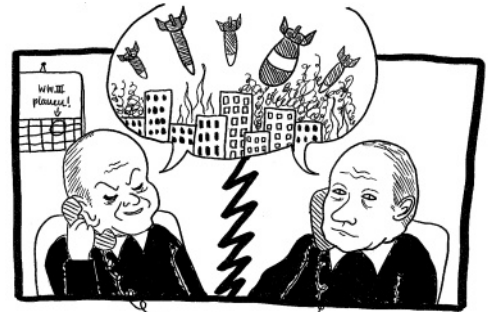
Bislang traut sich die Bundesregierung aber nicht, ihre Bürger mit den sozialen Folgen dieser Planungen zu konfrontieren. Das groß angekündigte „Sondervermögen Bundeswehr“ ist lediglich ein intransparenter Schleichweg zur Umgehung der Schuldenbremse, um ohne einschneidende Veränderungen im Haushalt die Militärausgaben zu erhöhen. Der Bundesrechnungshof hat bereits darauf hingewiesen, dass das Grundgesetz zwar die Einrichtung von Sondervermögen vorsieht, aber ausdrücklich nicht zur Erfüllung staatlicher Kernaufgaben wie der Landesverteidigung. Die Bundesregierung erreicht damit die von der NATO vorgegebenen und vom Bundeskanzler lautstark zugesagten Verteidigungsausgaben von zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) – aber nur während der aktuellen Legislaturperiode. Rein rechnerisch ergibt sich, dass die kommende Bundesregierung den Verteidigungshaushalt danach von 2026 auf 2027 um fast 40 Milliarden Euro erhöhen müsste:



Quelle: Nato, IWF, Bundeshaushalt, Berechnungen des ifo-Instituts

Diese Erhöhung des einen Haushaltspostens würde naturgemäß mit starken Kürzungen in anderen Bereichen (zum Beispiel Soziales, Gesundheit, Bildung oder Verkehr) oder erheblichen Steuererhöhungen einhergehen. Nachdem die Ampel-Regierung mit der Energiepreislösung bereits die Auswirkungen der Sanktionen gegen Russland abgefedert hat, um die Unterstützung der Bevölke-

rung nicht zu riskieren, überlässt sie nun auch die Durchsetzung der weitaus größeren sozialen Einschnitte, die mit der geplanten Aufrüstung verbunden sind, ihren Nachfolgern. Die gesellschaftlichen Er-



schütterungen und Verteilungskämpfe, die uns dann bevorstehen, lassen sich derzeit nur erahnen.

Die blinde Technokratiegläubigkeit, mit der unsere politische Elite ihren Militärexperten in ein innen- und außenpolitisches Albtraumszenario folgt, ist beängstigend. Soziale Einsparungen zugunsten des Militärs verschlimmern weiter das Gefälle zwischen Arm und Reich und stärken extremistische Kräfte. Das Bildungs- und Gesundheitssystem ist ohnehin angeschlagen und kann keine Kürzungen mehr verkraften. Die Infrastruktur leidet schon jetzt unter einem jahrelangen Investitionsstau. Dass Aufrüstung den Krieg unwahrscheinlicher macht, widerspricht den Ergebnissen jahrzehntelanger Friedens- und Konfliktforschung. Die Logik dahinter ähnelt der Argumentation „Panzer retten Leben“, mit der letztes Jahr die Lieferung von schwerem Kriegsgerät in die Ukraine begründet wurde. Vergessen sind dagegen die damaligen Äußerungen, jeder Konflikt ende einmal am Verhandlungstisch und es gehe nur darum, sich dort eine gute Position zu sichern. Vergessen sind auch erfolgreiche Strategien aus dem Kalten Krieg, bei denen Abschreckungsmaßnahmen durch konstruktive Diplomatie ergänzt wurden. Vergessen scheint vor allem, dass Panik ein schlechter Ratgeber ist und Erfolg nur haben kann, wer realistische Ziele definiert und verfolgt.

Der Weg in die Katastrophe ist also vorgezeichnet. Ob wir ihn tatsächlich beschreiten oder nicht, hängt nicht zuletzt von der Entstehung einer kritischen Öffentlichkeit ab, die diese Pläne als das erkennt, was sie sind: ein Masterplan für die Kriegswirtschaft.

Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht

Kriegsdienstverweiger:innen brauchen Asyl

Aktionswoche 13.-19. Mai 2024 zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung am 15. Mai

Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.

Aktuell werden in den verschiedensten Ländern Kriege geführt, auf Kosten der jeweiligen Bevölkerung, mit Tausenden von Toten und weitreichenden Zerstörungen. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geht inzwischen ins dritte Jahr. Seit dem Angriff der Hamas führt Israel einen Krieg in Gaza. Die Türkei setzt immer wieder Militär in den benachbarten Staaten in den kurdischen Gebieten ein. Die Lage zwischen Armenien und Aserbaidschan ist weiterhin angespannt. Im Sudan, Jemen oder Myanmar herrschen Kriege, die den genannten Kriegen in Bezug auf Zahlen der Opfer und Grausamkeit um nichts nachstehen, die nur weniger öffentliche Beachtung finden.

In all diesen Ländern gibt es Menschen, die sich dem Krieg verweigern. Sie wollen keine anderen Menschen töten und auch nicht in diesem Krieg sterben. Soldat:innen an der Front wollen angesichts des Grauens ihre Waffen niederle-

gen. Ihnen allen drohen dafür Repression und Gefängnisstrafen. Aber: Kriegsdienstverweigerung ist ein international anerkanntes Menschenrecht!

Wir sehen die Kriegsdienstverweigerung als einen wichtigen Baustein, um Krieg, Tod und Zerstörung zu überwinden. Wir fordern die uneingeschränkte Einhaltung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung, gerade in einem Krieg. Wir fordern Schutz und Asyl für verfolgte Kriegsdienstverweiger:innen und Kriegsgegner:innen.

• **Wir fordern von den Regierungen weltweit:** Stellen Sie die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerer:innen und Deserteur:innen umgehend ein! Entlassen Sie inhaftierte Kriegsgegner:innen. Erkennen Sie das unveräußerliche Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung an!

• **Wir fordern von der EU und der Bundesregierung:** Öffnen Sie die Grenzen! Geben Sie Kriegsgegner:innen die Möglichkeit der Einreise in die Europäische Union! Schützen Sie Kriegsdienstverweigerer:innen und Deserteur:innen und geben Sie ihnen Asyl!

Ein **Schwerpunkt** unserer diesjährigen Aktionswoche wird die **#ObjectWar-Campaign** sein, mit Aktionen für all diejenigen, die sich dem Einsatz im Ukraine-Krieg entzogen haben, auf welcher Seite auch immer. Wir fordern Schutz und Asyl für Tausende Menschen, die sich auf beiden Seiten des Krieges verweigern. www.objectwarcampaign.org

Ein weiterer Schwerpunkt wird die Unterstützung israelischer Kriegsdienstverweiger:innen sein, wie z.B. Sofia Orr, die für ihre Entscheidung ins Gefängnis gegangen ist: „Seit Beginn des Krieges in Gaza bin ich mir sicher, dass wir für eine andere Lösung kämpfen müssen und dass ich mich diesem Kreislauf des Blutvergießens widersetzen muss, sonst wird er nie enden.“

Wir sind besorgt über die Forderungen, Deutschland wieder „kriegstüchtig“ zu machen und eine Militärdienstpflicht oder allgemeine Dienstpflicht einzuführen.

Initiiert von der DFG-VK und 26 weiteren Organisationen.

Aufruf ungekürzt:

www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/kdv-tag-2024

Ukraine-Krieg: Massenmord ohne Ausweg?

Seit Beginn des Eroberungskriegs Russlands gegen die Ukraine wurden Hunderttausende ermordet und verletzt. Millionen sind geflüchtet. Gemordet und gestorben wird nicht nur an der Front. Die Menschen in der gesamten Ukraine leben in permanenter Gefahr, von russischen Raketen ermordet zu werden, auch wenn sie weit von der Front entfernt wohnen. Es wird um total zerstörte Orte gekämpft. Für kleine Geländegewinne werden Zehntausende in den Tod geschickt. Es ist ein Abnutzungskrieg. Abgenutzt werden Tag für Tag Menschen.

Russland kann seine Truppen jederzeit abziehen und damit diesen Krieg beenden. Das wäre der einfachste und schnellste Weg. Dafür wären noch nicht einmal Verhandlungen oder ein Waffenstillstand nötig. Das ist politisch und völkerrechtlich geboten, aber unrealistisch.

Waffenstillstand und Verhandlungen!

Damit der Massenmord so schnell wie möglich aufhört und so viele Menschenleben wie möglich gerettet werden können, sind ein sofortiger Waffenstillstand und Verhandlungen nötig. Jeder Kriegstag kostet Menschenleben und erhöht die Gefahr der Ausweitung und Eskalation des Krieges zum weltweiten Atomkrieg!

Irgendwann wird es unweigerlich zu einem Waffenstillstand und wenigstens zu einem Einfrieren des Krieges, wenn nicht gleich zum Frieden kommen. Seit März 2023 hat sich die Frontlinie kaum verändert. Alle, die seitdem ermordet wurden, könnten noch leben, hätte man damals einen Waffenstillstand vereinbart. Solange beide Seiten sich noch Vorteile auf dem Schlachtfeld erhoffen, ist kein Waffenstillstand zu erwarten. Russland scheint einen langen Krieg anzustreben. Die ukrainische Regierung und zahlreiche Führungspersonen in NATO-Staaten, in Deutschland vor allem bei Grünen, FDP und CDU, propagieren eifern Krieg zur Rückeroberung aller russisch besetzten Gebiete, obwohl das illusorisch erscheint, russische Truppen gerade wieder vorrücken und obwohl es ratsam wäre, vor den US-Wahlen den Krieg zu beenden. Wer überlegen will, wie der Krieg diplomatisch beendet werden könnte, wird aggressiv niedergemacht. Andauerndes Massensterben in der Ukraine ohne Aussicht auf Erfolg mit dem Risiko, noch mehr Land zu verlieren, ist kein überzeugendes Konzept außer für die Rüstungsindustrie. Diejenigen, die über Kriege entscheiden und die sie am lautesten propagieren, sind äußerst selten

diejenigen, die in den Kriegen sterben müssen.

Ein Waffenstillstand wäre nur ein erster Schritt. Es blieben gigantische Probleme wie die Zukunft der russisch okkupierten Gebiete, der Umgang mit den Kriegsverbrechen und zukünftige Sicherheitsgarantien. Aber er wäre ein Fortschritt. Vieles ist denkbar. Russische Truppen könnten z.B. Gebiete, aus denen sie abziehen, vorläufig den UN übergeben. Nötig sind kreative Diplomatie und Vermittlung.

Kriegsdienstverweigerung unterstützen!

Es gibt Menschen, die nicht auf Regierungen warten, sondern selbst den Krieg bekämpfen, indem sie sich ihm verweigern und sich gegen Krieg engagieren, was gerade in Russland und Belarus, aber auch in der Ukraine, lebensgefährlich ist. Diese Menschen benötigen Unterstützung und Solidarität.

Der Ukraine-Krieg ist nicht nur ein Konflikt zwischen Staaten und Machtblöcken. Er ist auch ein Konflikt zwischen Staaten einerseits und andererseits Menschen, die nicht in Kriegen töten und sterben wollen und Krieg ablehnen.

In den kriegführenden Staaten werden

Männer zwangsrekrutiert, verfolgt und gejagt, wie diejenigen, die Widerstand gegen Diktatur und Krieg leisten. Auch andere Staaten leisten Beihilfe, indem sie Grenzen schließen und Schutz und Asyl verweigern.

In **Russland** sind Zehntausende wegen Protests gegen den Krieg in Gefängnisse und Straflager gekommen. Andersdenkende werden vom Putin-Regime ermordet, in Russland und im Exil. Kriegsdienstverweigerer müssen fliehen. Eine Million Menschen sind seit Kriegsbeginn aus Russland geflohen, darunter mindestens eine Viertelmillion Militärdienstpflichtige. Verweigerer und Deserteure, die bereits an der Front waren, werden in Lagern in den besetzten ukrainischen Gebieten festgehalten und sind dort Misshandlungen und Gewalt ausgesetzt. Legale Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern ist kaum noch möglich. Unsere Partnerorganisation, die Bewegung der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen (Движение сознательных отказчиков от военной службы), wurde zum ausländischen Agenten erklärt.

In Ostmitteleuropa werden nicht nur die Regime von Russland und Belarus als Bedrohung empfunden, sondern unsinnigerweise auch die Menschen, die vor diesen aggressiven Diktaturen fliehen.

In der **Ukraine** konnten schon vor

2022 nur Angehörige weniger kleiner religiöser Gruppen einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellen. Jetzt ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ganz abgeschafft. Kriegsdienstverweigerer werden zu Haftstrafen von ein bis vier Jahren verurteilt oder an die Front geschickt. Männer zwischen 18 und 60 Jahren dürfen das Land nicht verlassen und werden gejagt, wenn sie sich der Rekrutierung entziehen wollen, oder sie ertrinken und erfrieren bei Fluchtversuchen über die Grenze. 325.000 militärdienstpflichtige Ukrainer leben in der EU, 100.000 allein in Deutschland. Ihr befristeter Aufenthalt gilt bis März 2025. Der ukrainische Staat hat schon ihre Auslieferung verlangt, für die es in der EU keine Rechtsgrundlage gibt. Pazifistische Meinungsäußerungen wurden in der Ukraine schon vor dem Krieg verfolgt. Jurij Scheljashenko, Geschäftsführer der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung (Український Рух Пацифістів), jetzt schon im partiellen Hausarrest, droht eine Anklage wegen Behinderung der Aktivitäten der ukrainischen Streitkräfte, weil er für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung eintritt.

EU: Kaum Asyl für russische Deserteure

EU-Ratspräsident Charles Michel, Bundeskanzler Scholz, Bundesinnenministe-

rin Nancy Faeser und viele andere hatten sich dafür ausgesprochen, Deserteuren aus Russland Schutz zu gewähren. Der Großteil der russischen Verweigerer wird jedoch in den Asylverfahren abgelehnt. So ergeht es vor allem denjenigen, die klugerweise vorausschauend rechtzeitig vor einer möglichen Rekrutierung geflohen sind. Wer schon einen Einberufungsbescheid erhalten hat, kann das Land nicht legal verlassen. Doch die deutschen Behörden verlangen von den Militärdienstentziehern oft Einberufungsbescheide oder den Nachweis einer Desertion direkt von der Front und dergleichen. 2023 wurden in den ersten acht Monaten von 904 behandelten Anträgen nur elf positiv entschieden. Im Februar 2024 sank die Anerkennungsquote weiter. Die Chance, die EU überhaupt zu erreichen, ist gesunken, weil die EU die Visaregeln verschärft hat.

Die westlichen Staaten, die den russischen Angriffskrieg verurteilen, könnten die russische Kriegsmaschinerie unblutig schwächen, indem sie die Verweigerung und die Flucht russischer Militärdienstpflichtiger unterstützen. Wenn sie sie zurückweisen, liefern sie Russland das Kanonenfutter für den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, den sie doch angeblich ablehnen.

Gernot Lennert

Venezuela will sich zwei Drittel Guyanas einverleiben

Ende 2023 hat Venezuela seinen Anspruch auf das zu seinem Nachbarland Guyana gehörende Essequibo-Gebiet in neuer Aggressivität vorgetragen. Bisheriger Höhepunkt der von der venezolanischen Regierung entfachten nationalistischen Kampagne war ein Referendum am 3. Dezember 2023, in dem eine Mehrheit von über 95 % dafür gestimmt haben soll, dass auf dem Boden Guyanas ein neuer venezolanischer Bundesstaat namens Guayana Esequiba gebildet werden soll und dass Venezuela in dieser Sache die Jurisdiktion des Internationalen Gerichtshofs (IGH) nicht anerkennt.

Die Abstimmungsbeteiligung von 50 % wird bezweifelt. Gefragt wurde die Bevölkerung Venezuelas, nicht die im beanspruchten Gebiet. Guyana ist nicht bereit, zwei Drittel seines Staatsgebiets aufzugeben und vertraut auf den IGH.

Droht nun ein Eroberungskrieg Venezuelas gegen Guyana?

Mit einer Bevölkerung von 28 Millionen gegenüber 800.000 ist Venezuela im Vergleich zu Guyana ein Riese. Das dünn

Droht Krieg in Südamerika?

besiedelte Gebiet, das Venezuela anneklieren will, ist größer als Griechenland, allerdings leben dort nur 125.000 Menschen, die meisten davon an der Küste, im Landesinnern vor allem Indigene.



Anspruch aus dem 15. Jahrhundert

Die Forderung Venezuelas geht auf das Jahr 1493 zurück. Damals teilte Papst Alexander VI. die noch zu kolonisierende Welt in eine westliche spanische und eine östliche portugiesische Hemisphäre. Im Vertrag von Tordesillas von 1494 legten Spanien und Portugal einen Meridian als Trennlinie fest. Spanien beanspruchte alle Gewässer und Gebiete westlich der Linie, ungeachtet dessen, ob sie von Spanien tatsächlich erobert oder besiedelt werden konnten. Ausgenommen wurden später Gebiete, die Spanien vertraglich anderen Staaten abtrat. Der Nordosten Südamerikas fiel in die Spanien zugeteilte Zone, wurde von Spanien aber nie kolonisiert. Dort gründeten an der Küste die Niederlande, Frankreich und England Planta-

genkolonien mit versklavten Menschen aus Afrika als Arbeitskräften. Nach dem niederländischen Unabhängigkeitskrieg erkannte Spanien im Vertrag von Münster 1648 die Existenz der Niederlande und von Niederländisch-Guayana an, das damals die Kolonien Suriname, Berbice, Demarara und Essequibo umfasste. 1814, am Ende der Napoléonischen Kriege, konnten die Niederlande davon nur Suriname behalten und traten die westlichen Kolonien an Großbritannien ab, woraus British Guiana entstand. Nach der Abschaffung der Sklaverei im britischen Empire 1838 expandierte in Guiana die Plantagenwirtschaft weiter. Als billige Arbeitskräfte wurden nun Kontraktarbeiter aus China, Portugal und vor allem aus Indien angeworben. Infolgedessen ist die Bevölkerung Guyanas heute überwiegend indischer (43 %) und afrikanischer (30 %) Herkunft. British Guiana wurde 1966 unter dem Namen Guyana unabhängig.

Venezuela erlangte seine Unabhängigkeit von Spanien 1819, zunächst als Teil Groß-Kolumbiens, von dem es sich 1830 abspaltete. Die hispanoamerikanischen Staaten sahen sich als Rechtsnachfolger der jeweiligen spanischen Verwaltungseinheiten und beriefen sich auf die juristi-

6 sche Doktrin, die unter der Formel „uti possidetis iuris ita possideatis“ bekannt wurde. (Wo ihr einen Rechtsanspruch besitzt, sollt ihr besitzen.) Relevant ist dabei der Anspruch, nicht der reale Besitz.

Venezuela übernahm die Ansprüche des spanischen Generalkapitanats Caracas auf große unerschlossene Territorien. Im 19. Jahrhundert drangen von British Guiana aus britische Goldsucher und Mininggesellschaften nach Westen vor und näherten sich Venezuela, das die USA zu Hilfe rief, die in der Monroe-Doktrin verkündet hatten, dass sie keine weitere Kolonisierung amerikanischen Gebiets durch europäische Mächte dulden würden, in diesem Fall die Erweiterung einer Kolonie auf Kosten Venezuelas. Um Krieg mit den USA zu vermeiden, stimmte Großbritannien einem Schiedsgericht zu. Venezuela erhob eine Maximalforderung bis zum Essequibo-Fluss. Doch schon in den 1620er Jahren erstreckte sich Niederländisch-Guayana auch aufs Küstengebiet westlich des Flusses, was auch auf einer venezolanischen Karte von 1840 zu sehen ist. Im Schiedsgerichtsvertrag von 1897 wurde festgelegt, dass die 50-jährige Kontrolle eines Gebiets das entscheidende Kriterium sein sollte. Das Schiedsgericht aus zwei britischen, zwei im Namen Venezuelas tätigen US-amerikanischen Juristen sowie einem russischen Vorsitzenden, entschied, dass Großbritannien sich aus den Gebieten zurückziehen musste, in die es erst kürzlich vorgedrungen war, sprach aber den größeren Teil des Territoriums Großbritannien zu. In Venezuela war man enttäuscht, doch man erkannte den Schiedspruch an.

Aufkündigung nach 63 Jahren

Seit 1949 wurde immer öfter der Vorwurf laut, Venezuela sei dabei betrogen worden. Nachdem Venezuela den Schiedspruch und die darin festgelegte Grenze 63 Jahre lang anerkannt hatte, verkündete es 1962, dass es den Schiedspruch als Betrug und als nichtig ansehe. Venezuela verwarf nachträglich auch den Schiedsvertrag von 1897, der die Kriterien für den Schiedspruch bestimmt hatte. Venezuela sah sich in Rechtsnachfolge der spanischen Conquistadores, die das venezolanische Außenministerium zu „primeros ocupantes“, zu Erstbesitzern des Gebiets erklärte. Abgesehen davon, dass Spanien das Gebiet nie kolonisiert hatte, argumentierte Venezuela, als hätte es dort vor der spanischen Conquista keine indigene Bevölkerung gegeben. Die heutigen venezolanischen Annexionsgelüste stoßen bei den indigenen Gemeinschaften im Essequibo-Gebiet übrigens auf Ablehnung.

Was die Indigenen zu alldem sagen, zählt für den venezolanischen Territorialnationalismus bis heute ebenso wenig wie die Wünsche der Menschen im begehrten Gebiet.

1966 wurde in Genf vereinbart, dass eine venezolanisch-guyanesische Kommission vier Jahre nach einer zufriedensstellenden Lösung suchen solle. Falls dies nicht gelänge, sollten die UN zuständig werden. Es kam zu keinem Einvernehmen. Venezuela okkupierte den zu Guyana gehörenden Teil der Flussinsel Ankoko Island und hält das kleine Gebiet bis heute besetzt. 1970 wurde im Protokoll von Port of Spain der Konflikt für zwölf Jahre eingefroren. Venezuela behauptet, dass im Genfer Protokoll der Schiedspruch von 1899 für nichtig erklärt worden sei. Jedoch wird darin nur von der „Kontroverse“ gesprochen, „die als Ergebnis der venezolanischen Behauptung aufgekommen ist, dass der Schiedspruch von 1899 über die Grenze zwischen British Guiana und Venezuela null und nichtig sei.“ Je nach politischer Interessenlage hat Venezuela seine Territorialforderung zeitweise weiterverfolgt oder vernachlässigt. Präsident Chávez, Verfechter des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, spielte in den Nullerjahren den Anspruch herunter, um eine gegen die USA gerichtete Allianz süd- und mittelamerikanischer Staaten unter Einschluss Guyanas zu bilden. Doch seit 1966 wurde auf offiziellen venezolanischen Landkarten das Essequibo-Gebiet als „Zona en reclamación“ markiert, als „Zurückforderungszone“. Eine permanente nationalistische kartographische Indoktrination.



Eskalation

Jetzt verbreitet das Maduro-Regime neue Landkarten, in denen das Essequibo-Gebiet als integraler Bestandteil Venezuelas eingezeichnet ist. Es wird befürchtet, dass bald Menschen, die den Annexionsanspruch nicht unterstützen, des Vaterlandsverrats angeklagt und verfolgt werden. Die staatliche Ölförderungsfirma Vene-

zuelas wurde für zuständig erklärt, Lizenzen im Essequibo-Gebiet und vor seiner Küste zu vergeben. Der US-Konzern ExxonMobil, der vor der Küste Guyanas Öl fördert, wurde aufgefordert, sich venezolanischem Recht zu beugen. An der Grenze wurde eine „integrale Verteidigungszone Guyana Esequiba“ eingerichtet, begleitet vom Aufmarsch venezolanischer Truppen. Eine Behörde zur Verwaltung des angestrebten neuen Bundesstaates ist bereits in der Stadt Tumeremo nahe der Grenze eingerichtet worden.

Am 14. Dezember 2023 trafen sich in St. Vincent die Präsidenten Venezuelas und Guyanas, Nicolás Maduro und Mohamed Irfaan Ali sowie karibische und südamerikanische Regierungschefs. Vereinbart wurden Gewaltverzicht und Folgetreffen. Doch der venezolanische Truppenaufmarsch und das Säbelrasseln gingen bis zum Februar 2024 weiter. Auch britisches und US-Militär zeigte sich in und in den Gewässern vor Guyana. Das Maduro-Regime klagt gern über drohenden US-Truppenaufmarsch. Doch es ist Venezuela, das dafür sorgt, dass in Guyanas Presse nach Schutz durch einen US-Militärstützpunkt gerufen wird.

Leidtragende der Annexionskampagne sind jetzt schon venezolanische Geflüchtete in Guyana, denen Misstrauen und Diskriminierung entgegenschlagen. Repression sowie katastrophale wirtschaftliche Not in Venezuela haben bisher mindestens sieben Millionen Menschen aus Venezuela in die Nachbarländer getrieben.

Rechtslage

Der IGH hat bestätigt, dass der Schiedspruch von 1899 und die darin festgelegte Grenze gültig sind und dass er sich für die Klärung der Streitfrage zuständig fühlt.

Venezuelas Ablehnung der Jurisdiktion des IGH ist ein Eingeständnis seiner rechtlich schwachen Position. Ungünstig für Venezuela ist, dass es den Schiedspruch 63 Jahre lang anerkannt hat und die Grenze seit mehr als 125 Jahren besteht. Daraus ergibt sich eine Verjährung, ohne die es kaum Rechtssicherheit in internationalen Beziehungen geben kann.

Venezuela beruft sich auf eine Rechtsdoktrin, die außerhalb Hispanoamerikas nicht geteilt wird. Schon 1494 haben andere europäische Mächte die Aufteilung der Welt zwischen Spanien und Portugal nicht anerkannt. Es ist bemerkenswert, dass die als links geltende Regierung von Maduro heute den Schiedspruch von 1899 ablehnt, weil dabei nicht die letzt-

endlich spanisch-imperialen Doktrin des *uti possidetis iuris* angewandt wurde.

Kennzeichnend für den hispanoamerikanischen Territorialnationalismus ist das Gefühl, Gebiet, das man nie besessen hat, verloren zu haben, weil die früheren spanischen maßlosen Gebietsansprüche zugrunde gelegt werden. Venezolanische Nationalisten beklagen vermeintliche Gebietsverluste gegenüber allen Nachbarstaaten.

Auch andere Begründungen, mit denen von venezolanisch-nationalistischer Seite Verträge des 19. Jahrhunderts nachträglich für nichtig erklärt werden, sind schwer nachvollziehbar. Der venezolanische Außenminister beklagte z.B. 1982, dass Venezuela zur Zeit des Schiedsvertrags von 1897 gerade von einem Bürgerkrieg ruiniert worden sei und 1899 wieder in den nächsten geraten war. Es heißt oft, man habe doch nur auf Druck der Umstände unterzeichnet, um Schlimmeres zu verhüten. Angesichts einer solchen politischen Kultur ist zu befürchten, dass unliebsame Verträge noch viele Jahrzehnte später für nichtig erklärt werden können. Heute stellt sich die Frage, was Vereinbarungen mit Maduro im Fall eines Regimewechsels wert wären.

Droht Krieg?

Ein Krieg gilt als unwahrscheinlich. Krieg kommt zwischen südamerikanischen Staaten sehr selten vor, zuletzt kurze Grenzkriege zwischen Ecuador und Peru 1941 und 1995. Der letzte große zwischenstaatliche Krieg war der Chaco-Krieg 1932–1935. Guerrillakriege gab es jedoch. Einen internationalen Krieg in Südamerika wollen alle Nachbarstaaten Venezuelas und die regionalen Organisationen verhindern.

Guyana allein wäre militärisch seinem übermächtigen Nachbarn hoffnungslos unterlegen. Es kann aber auf militärische Hilfe Großbritanniens und der USA zählen. Brasilien will einen Krieg an seiner Nordgrenze nicht zulassen und hat seine Truppen an der Grenze verstärkt.

Diplomatisch ist Guyana gut vernetzt: Es ist gerade für zwei Jahre in den UN-Sicherheitsrat gewählt worden. Es hat die Staaten der Karibischen Gemeinschaft (Caribbean Community, CARICOM), deren Generalsekretariat in Guyanas Hauptstadt Georgetown angesiedelt ist, auf seiner Seite. Guyanas Präsident Ali ist gerade CARICOM-Vorsitzender. Das Commonwealth unterstützt schon seit Jahrzehnten Guyana gegen die Annexionsgelüste Venezuelas und hat das im Dezember 2023 bestätigt. Das Generalsekretariat der Organisation Amerikanischer Staaten hat das Vorgehen der „venezolanischen Diktatur“ gegen Ent-

scheidungen des IGH scharf verurteilt und die Gültigkeit der im Schiedsspruch von 1899 festgelegten Grenze bekräftigt. Als Land mit meist afro-asiatischer Bevölkerung und als Mitglied der Organisation der Islamischen Zusammenarbeit kann Guyana mit Sympathie in Südasien und Afrika rechnen. Venezuela wiederum unterhält gute Beziehungen zu Russland und Iran.

Vorbild Falkland-Krieg?

Vielen drängt sich die Erinnerung an den Falkland-Krieg von 1982 auf. Argentinien hatte sehr lange seinen Anspruch aufrechterhalten. Doch wer hätte vorher gedacht, dass Argentinien nach 149 Jahren plötzlich angreifen würde? Bei allen Parallelen sind die Gegebenheiten doch sehr unterschiedlich.

Während des Ost-West-Konflikts wurde selten versucht, andere Staaten aufgrund nationalistischen Expansionsstrebens zu erobern und international anerkannte Grenzen zu verschieben. Meist ging es um Entkolonisierung oder um die Blockzugehörigkeit. 2014 annektierte Russland die Krim. Heute führt es einen Eroberungskrieg gegen die Ukraine. Die VR China droht immer aggressiver mit der Eroberung ihres Nachbarstaats, der Republik China, eher bekannt als Taiwan. Wenn nationalistisch begründete völkerrechtswidrige Eroberungskriege wieder üblich werden, könnte sich auch Venezuela ermuntert fühlen.

Warum jetzt?

Es stellt sich die Frage, warum Venezuela gerade jetzt eskaliert. 2015 wurde von ExxonMobil vor der Küste des Essequibo-Gebiets das riesige Stabroek-Ölfeld entdeckt. Noch im Oktober 2023 hatten in Barbados die Regierung Maduro und das Oppositionsbündnis freie und faire Präsidentschaftswahlen im Jahr 2024 vereinbart, damit deren Ergebnis diesmal sowohl von den politischen Kräften in Venezuela als auch international anerkannt werden kann, verbunden mit Wiedernormalisierung der Beziehungen zwischen Venezuela und den USA. Die USA hatten schon Sanktionen gelockert. Das Maduro-Regime entließ politische Gefangene. Doch inzwischen ist das politische Klima wieder vergiftet: Gegen die gemeinsame Kandidatin der Opposition, María Corina Machado, wurde ein Verbot der Ausübung politischer Ämter verhängt.

Vieles spricht dafür, dass Maduro nationalistische Emotionen befeuert, um sein Regime zu erhalten. Die Opposition kann ihn dabei unterstützen oder als unpatriotisch erscheinen. Von den Oppositionsparteien ist kein Widerspruch gegen

die Annexionsideologie zu erwarten. Es war eine sozialdemokratische Regierung, die 1962 den Schiedsspruch für nichtig erklärte. In Barbados unterzeichneten Regierung und Opposition auch ein Abkommen über den „Schutz der vitalen Interessen der Nation“, in dem sie sich im Territorialanspruch gegen Guyana einig zeigten. Der Oppositionspolitiker Capriles stimmte beim Referendum mit Ja. Machado kritisierte das Konsultativreferendum: „Die Souveränität konsultiert man nicht, man übt sie aus.“

Der Schiedsspruch von 1899 wird heute in Venezuela selbst nach 125 Jahren mit großer Emotionalität abgelehnt: Man verabscheut ihn als „widerlich“ und spricht von „geopolitischen Rassismus“.

Es gibt aber auch Realitätssinn: „Weder der Staat noch die venezolanische Gesellschaft waren jemals in der ‚Rückforderungszone‘ präsent. ... In der Kolonialzeit im 19. Jahrhundert gibt es keinen Hinweis auf eine solche Verwurzelung, was die englische Expansion erleichtert hat, und daher gibt es keine signifikanten Spuren von ‚Venezolanität‘ in den Ortsnamen, geschweige denn in der kulturellen Tradition der Region.“ So 2015 die anarchistische Zeitschrift *El Libertario*, die Nationalstaaten und deren Grenzen grundsätzlich ablehnt.

Venezuela inszeniert sich heute noch als rassistisch diskriminiertes Opfer des übermächtigen britischen Imperialismus. Heute bedroht das autoritär regierte Venezuela einen demokratischen Nachbarstaat, dessen Bevölkerung überwiegend aus Nachfahren der Opfer von Plantagenwirtschaft und Sklaverei sowie aus Indigenen besteht.

Aussichten

Mit dem neuen Ölreichtum könnte Guyana sich aus der Armut befreien, vorausgesetzt, dass er bei der breiten Masse der Bevölkerung ankommt und nicht nur bei Konzernen und wenigen Privilegierten. Ökologisch ist das Öl schädlich. Guyana ist in mehrfacher Hinsicht vom Klimawandel besonders betroffen, der wiederum vom Ölverbrauch befeuert wird.

Es wird befürchtet, dass Maduro die Spannungen mit Guyana weiter eskalieren lässt und für den Machterhalt instrumentalisiert. Würde wegen Scharmützeln oder Spannungen an der Grenze der Notstand ausgerufen, könnte er als Vorwand für mehr Repression gegen die Opposition und die Verschiebung der Präsidentschaftswahlen dienen. Angesichts des in Venezuela tief verwurzelten Territorialnationalismus ist auch bei einem Machtwechsel nicht zu erwarten, dass er aufgegeben wird.

Gernot Lennert

Internet

DFG-VK Mainz: www.dfg-vk-mainz.de
DFG-VK Hessen: www.dfg-vk-hessen.de
DFG-VK Rheinland-Pfalz: www.dfg-vk-rlp.de
www.facebook.com
DFGVKRheinlandPfalz undHessen
DFG-VK bundesweit: www.dfg-vk.de
War Resisters' International: www.wri-irg.org

Radiosendung "Pazifissimus"

der DFG-VK Mainz-Wiesbaden, am Mittwoch jeder ungeraden Kalenderwoche von 18 bis 19 Uhr im Programm von Radio Quer im

- Wiesbadener Lokalradio auf 92,5 MHz
- Digitalradio: DAB+ Kanal 12C
- Internet: www.radio-rheinwelle.de

Beratung

für ausländische Kriegsdienstverweiger:innen, Kriegsdienstflüchtlinge und Deserteur:innen Connection e.V., Von-Behring-Str. 110, 63075 Ofenbach. Tel. 069 82 37 55 34, Fax 069 82 37 55 35, office@Connection-eV.de, www.Connection-eV.de

Steig Aus! Уходи!

Information für Kriegsdienstpflichtige und unzufriedene Soldaten aus Russland, Belarus und der Ukraine

Информация для призванных и

недовольных солдат России / Беларуси / Украины

get.out.2022@gmx.de; Tel. +49-157 824 702 51 (Russisch, Englisch, Deutsch), de.Connection-eV.org/get.out.2022.t.me/connection_eV

Beratung für US-Militärangehörige

Military Counseling Network
Gi-cafe-germany@gmx.net

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Sektion der War Resisters' International (WRI)

Kontaktadressen & regelmäßige Termine der DFG-VK im Bereich der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz

Landesverband Hessen, Landesverband Rheinland-Pfalz & DFG-VK Bildungswerk Hessen e.V.:

Wittelsbacherallee 27, 60316 Frankfurt.

Tel. 0 69 43 14 40

www.dfg-vk-hessen.de,

dfgvkhessen@t-online.de

Ahr-Rhein-Eifel: c/o Wolfgang Huste (Antiquariat Huste), Telegrafstraße 16, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler. Tel. 0 26 41 8 29 05 28,

whuste@aol.com

Aschaffenburg: (das liegt zwar in Bayern, zählt aber DFG-VK-mäßig zu Hessen) c/o Gunnar Schedel (Alibri Verlag), Hangstr. 3, 63768 Hösbach. Tel.: 0 60 21 626 25 60, verlag@alibri.de

Bad Kreuznach: c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 12, 55543 Bad Kreuznach.

juergenlocher@superkabel.de, Tel. 06 71 628 78

Darmstadt: Bessunger Knabenschule, Ludwigshöhrstr. 42, 64291 Darmstadt.

DFGVKDarmstadt@aol.com,

www.dfg-vk-darmstadt.de

Gruppentreffen: dienstags 20.00 Uhr

Frankfurt: Wittelsbacherallee 27, 60316 Frankfurt.

Tel. 0 69 498 03 94, dfgvkffm@t-online.de

Pazifistischer Ratschlag: unregelmäßig ca. einmal im Monat. Genauen Termin bitte erfragen. Kriegsdienstverweigerungsberatung nach Vereinbarung

Friedberg: c/o Bernd Baier, Vorstadt zum Garten 4, 61169 Friedberg. dfgvk-friedberg@web.de

Kassel/Nordhessen: Annastr. 11, 34119 Kassel.

Tel. 05 61 89 30 27, kassel@dfg-vk.de

Lahn-Dill: c/o Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578

Wetzlar. Tel. 0 64 41254 62, mo-wz@gaaa.org

Mainz-Wiesbaden: c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, 55116 Mainz.

Gruppentreffen: 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat, 19.30 h,

dfgvkmz@web.de, www.dfg-vk-mainz.de

Radiosendung: Pazifissimus

Mittwochs in ungeraden Kalenderwochen 18 bis 19 Uhr im Wiesbadener Lokalradio auf 92,5 MHz.

Marburg: c/o Rüdiger Bröhling, Friedensplatz 4, 35037 Marburg.

marburg@dfg-vk.de

Offenbach: c/o Franz Nadler, Riethgasse 4, 63075 Offenbach. Tel. + Fax: 0 69 81 51 28,

office@Connection-eV.de

Pfalz: c/o Bettina Seckler, Künstlerkolonie 10, 67471 Elmstein. Tel. 0 63 28 98 99 07,

dfg-vk-mittelpfalz@gmx.de

Trier: c/o Friedens- & Umweltzentrum, Pfützenstr.1,

54290 Trier. trier@dfg-vk.de

Westpfalz: klawir@web.de

Wiesbaden: siehe Gruppe Mainz-Wiesbaden

Solidarität mit den Gefangenen für den Frieden!

Zum Internationalen Tag der Gefangenen für den Frieden am **1. Dezember**, bittet die War Resisters' International alljährlich um Solidarität mit Menschen, die weltweit wegen ihrer Kriegsdienstverweigerung oder ihres Engagements für Frieden inhaftiert sind. Ihre Namen und Gefängnisadressen werden in der **Liste der Gefangenen für den Frieden** veröffentlicht. www.wri-irg.org Die WRI ruft dazu auf, den Gefangenen Kartengrüße als Zeichen der Solidarität und der Ermutigung in die Haft zu schicken.

Wir schreiben und verschicken die Karten mit Live-Musik von Strohfeuer Express, Filmen und Bildern, Speis und Trank am Samstag, 14. Dezember 2024, 13 Uhr, HerrBerts Kulturscheune, Untergasse 10, 55270 Zornheim

www.ecovin-braunbeck.de/herrbertskulturscheune

Erreichbar mit der Mainzer Stadtbuslinie 66 (Halt Hahnheimer Str.)

Veranstaltungshinweis

In Kooperation mit St. Bonifatius Wiesbaden und attac Mainz: **Wir buchen das Theaterstück „Abgerungen“** über den **Pallottinerpater Richard Henkes**, der im Widerstand gegen den Nationalsozialismus schließlich im Konzentrationslager starb. Näheres auf der Homepage der DFG-VK Mainz-Wiesbaden in Kürze.

Bertha-von-Suttner-Friedenspreis für die Jugend

Wettbewerb zum Thema „Die Waffen nieder“

Zum dritten Mal waren Gruppen von hessischen Schüler:innen Schülern ab drei Personen eingeladen, Arbeiten zum Thema einzureichen, z.B. Videos, Kunstwerke, Unterrichtseinheiten, Projekte, Songs, Texte ...

„Die Waffen nieder!“ - diese Forderung von Bertha von Suttners gleichnamigen Bestseller klingt aus der Zeit gefallen. Aber können Waffen und Krieg der Weg zum Frieden sein oder liegt Bertha von Suttner genau richtig?

Preisverleihung: Donnerstag, 13. Juni 2024, 17 Uhr, Jugendkirche JONA in Frankfurt/M., Holbeinstraße 70.

Im Herbst 2024 wird der Preis erneut ausgeschrieben werden. Dann gibt es wieder die Möglichkeit, den Friedenspreis zu gewinnen.

Den Bertha-von-Suttner-Friedenspreis für die Jugend verleihen: DFG-VK (Landesverband Hessen, Gruppe Frankfurt, DFG-VK Bildungswerk Hessen e.V.); GEW Hessen; Katholische Jugend Frankfurt; Pax Christi Rhein-Main; Zentrum Oekumene der EKHN und EKKW.

www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/bvs-friedenspreis-2024

Links, Anmerkungen, Quellen gibt es unter www.dfg-vk-mainz.de/fl68



Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Gruppe Mainz-Wiesbaden

c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, 55116 Mainz
Treffen am 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat 19:30 Uhr
Konto 4 006 161 741, GLS-Bank, BLZ 430 609 67
IBAN: DE05 4306 0967 4006 1617 41, BIC: GENODEM1GLS

dfgvkmz@web.de

www.dfg-vk-mainz.de

Informationen der DFG-VK sind oft erhältlich im
Cardabela-Buchladen, Frauenlobstr. 40, Mainz

